

FAZ

12.05.2012

Neue Konjunkturprogramme sind keine Lösung

von Michael Heise

Die Sparpolitik europäischer Regierungen ist in Verruf geraten. Griechenland droht am Widerstand der Bevölkerung dagegen zu scheitern. Aber auch in Frankreich und anderswo wird ein Ende der Sparsamkeit gefordert. Die herrschende Politik führe immer tiefer in eine Abwärtsspirale hinein. Politiker, aber mitunter auch Ökonomen schließen sich diesen populären Argumenten an und wecken Erwartungen, die nicht erfüllt werden können.

Aus der Überschuldung führt jedoch nur die Sparsamkeit hinaus. Wer keinen Kredit mehr bekommt, muss den Gürtel enger schnallen. Und in vielen Ländern war es nicht nur der Staat, sondern auch der Privatsektor, der die Verschuldung zu weit getrieben hat. Die Korrektur dieser Entwicklungen – die neue Sparsamkeit – dämpft naturgemäß die wirtschaftliche Aktivität und lässt Arbeitsplätze und Einkommen wieder verschwinden, die im Schuldenboom entstanden waren. Es ist nicht möglich, die Fehlentwicklungen und Ungleichgewichte der Vergangenheit zu korrigieren, und gleichzeitig ein durch Schuldenaufnahme finanziertes, überhöhtes Niveau der Konsum-, Investitions- oder Baunachfrage zu erhalten. Wer das behauptet, schürt Illusionen. Es kann aber darauf verwiesen werden, dass die Anpassung in manchen Ländern der Eurozone bereits weit vorangekommen ist. So sind die vormals gewaltigen Leistungsbilanzdefizite etwa von Irland oder Spanien weitgehend verschwunden, das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in diesen Ländern entspricht in etwa wieder der inländischen Produktion, weitere Kreditaufnahme im Ausland ist nicht mehr erforderlich. Das ist eine notwendige Anpassung, die mit der Konsolidierung einhergeht.

Anstatt die Sparpolitik generell in Frage zu stellen, sollte man sie lieber richtig gestalten, um negative Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit zu minimieren. Die Volkswirtschaftslehre kann dazu durchaus Empfehlungen geben. Drei Dinge sind wichtig. Erstens: Konsolidierung sollte man auch über Ausgabensenkung und nicht in erster Linie über Steuererhöhungen angehen, die konjunkturell besonders schädlich sind. Zweitens sollten Sparmaßnahmen in einem glaubwürdigen mittelfristigen Konzept eingebettet sein. Das stabilisiert die Erwartungen der privaten Wirtschaftsteilnehmer und veranlasst sie, ihre eigenen Ausgabenpläne nicht auch noch aus Vorsichtsgründen zurückzufahren. Drittens schließlich müssen Sparmaßnahmen von Strukturreformen begleitet sein, die die Wettbewerbsfähigkeit und das mittelfristige Wachstum der betreffenden Volkswirtschaften erhöhen. Was dabei im Vordergrund stehen sollte, ist von Land zu Land unterschiedlich, mancherorts sind es Arbeitsmarktreformen oder geringere Lohn- und Lohnnebenkosten, andernorts die Öffnung von Gütermärkten oder die Bekämpfung von Schattenwirtschaft. In der Hitze des politischen Gefechts der Krise sind diese Bedingungen vielerorts zu wenig beachtet worden.

Neue Konjunkturprogramme zu schnüren, die am Ende doch die Verschuldung wieder erhöhen, kann keine Lösung sein. Sinnvoll wären allenfalls Wachstumsinitiativen, die bereits vorhandene Mittel etwa der europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds rasch effizienten Verwendungen zuführen. Da öffentliche Infrastrukturprojekte lange Vorlaufzeiten haben,

wäre eher eine Mobilisierung privater Investitionen über befristete Zulagen zu erwägen und vor allem sollte die Wiedereingliederung jugendlicher Arbeitssuchender Vorrang haben. Das könnte helfen, den Abschwung ein wenig zu dämpfen und den politischen Zündstoff um Sparhaushalte etwas zu entschärfen.